

500 Arbeitsplätze gegen Verzicht auf Gewerbesteuer?

Bürgermeister-Kandidaten stellen sich „Haus und Grund“ – und erhalten eine Arbeitsaufgabe, die sie lösen sollen

Der Verein „Haus und Grund“ hatte für die Obernkirchener Bürgermeisterkandidaten eine Aufgabe mitgebracht: Ein namhaftes Schweizer Unternehmen der Getränkebranche hat Interesse, sich in der Bergstadt anzusiedeln und dort etwa 500 Arbeitsplätze zu schaffen. Entscheidende Voraussetzungen: eine preiswert zu erwerbende Fläche von rund 250 000 Quadratmetern und steuerliche Vergünstigungen, zum Beispiel der Verzicht auf die Gewerbesteuer.

Obernkirchen. Der „Haus & Grund“-Vorsitzende Friedbert Wittum hatte Mitglieder und andere Einwohner aus der Bergstadt zur Podiumsrunde eingeladen. Dort ging es unter anderem um diese auf den ersten Blick etwas ausgefallene Idee. Sie enthielt natürlich schon einige Fußangeln. Woher bekommt man ein so großes erschließbares Gelände zu einem möglichst günstigen Preis? Wie schafft man in kurzer Zeit die erforderliche Infrastruktur für den Zuzug von Familien? Und wie kann man sich in Sachen Gewerbesteuer mit der Firma einigen?

Der CDU-Kandidat Martin Schulze-Elvert sprach hoffnungsvoll davon, dass man mit Hilfe von EU-Mitteln einen erheblichen Teil der anfallenden Ausgaben finanzieren könne. Bauland sei auch genügend vorhanden. Zu den steuerlichen Überlegungen meinte er, dass im Falle der heimischen Glasfabrik inzwischen die Anteile aus der Einkommensteuer wichtiger als die Gewerbesteuer seien.

Bernd Kirsch („Wir“) dachte im Zusammenhang mit der Firma Heye an mögliche Synergie-Effekte. „Dort werden schließlich unter anderem Glasflaschen hergestellt. Für dieses Produkt hätte das Schweizer Unternehmen reichlich Verwendung.“ Die vorhandene Gleisanbindung könnte zusätzlich nützlich sein und eventuell ausgebaut werden.

Thomas Stübke (Bündnis 90/Die Grünen) sprach von der Möglichkeit, Ackerflächen entlang der Bahnlinie Rinteln-Stadthagen aufzukaufen. „Für dieses große Projekt brauche man in jedem Fall aber Partner.“ Diese sieht Stübke beim Landkreis und bei der Weserbergland-Region.

Möglich wäre auch das Errichten eines interkommunalen Gewerbegebietes. Gewerbesteuer würde in den ersten Jahren von diesem Betrieb nach den umfangreichen Investitionen ohnehin nicht anfallen. Stadtkämmerer Wolfgang Seele (Einzelkandidat) sieht den Bereich „Vehler Wieh“ als eine geeignete Lösung für eine solche Ansiedlung an. „500 Arbeitsplätze würden unserer Kasse gut tun“, stellte er fest. Zugleich wies er aber auch darauf hin, dass die vielen kleineren Betriebe nach wie vor die Hauptsteuerzahler der Bergstadt seien und es in steuerlicher Hinsicht keine ungleiche Behandlungen geben dürfe.

Einzelkandidatin Astrid Semler bezeichnet die Chance, für diesen Zweck an EU-Mittel heranzukommen, als nicht rosig (wie übrigens auch die anderen Mitbewerber außer Schulze-Elvert). Auch sie sieht die Notwendigkeit, sich bei höheren Stellen für das Großprojekt Rat zu holen. Die „Weser-Achse“ biete eine solche Kompetenz.

Oliver Schäfer sieht die Notwendigkeit, den Landkreis und vielleicht auch andere Gemeinden in das Vorhaben einzubinden. „Ein solcher Kraftakt könnte Obernkirchen sonst überfordern.“

In der weiteren Diskussion ging es unter anderem um den früheren „Schaumburger Hof“ an der Langen Straße, der zum Schandfleck geworden ist. Allgemeiner Tenor: Außer dem Bemühen um Gespräche mit den Eigentümern besteht keine rechtliche Handhabe für die Stadt, dort einzugreifen.

Die Einführung eines Mietspiegels als Sammlung wichtiger Daten unter Einbeziehung von „Haus und Grund“ wurde bejaht. sig